

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

192 (25.4.1919) Abendausgabe

Die Geschehnisse im Reich.

Zur Ausbildung der deutschen Armee.

Berlin, 25. April. Das älteste Regiment der preussischen Armee, das Grenadier-Regiment König Friedrich der Große (alt-preussisches Nr. 4) wird, wie der „Berl. Lokal-Anzeiger“ erfährt, in Kasselberg aufgelöst.

Berlin, 25. April. Dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ zufolge wird das Große Hauptquartier demnächst von sich aus seine Auflösung beantragen, da seine Weiterexistenz in Anbetracht des Umstandes, daß die Kriegshandlungen ihr Ende erreicht haben, nicht mehr notwendig sei.

Von der Nationalversammlung.

Hd. Berlin, 24. April. (Privattelegraph.) Der Friedensausschuß der Nationalversammlung, der wie gemeldet, am 2. Mai in Berlin zusammentritt, beschäftigt sich über die Versailles Verhandlungen dauernd auf dem Laufenden zu halten. In Weimar nehmen die Ausschüsse der deutschen Nationalversammlung am 29. April nach der Osterpause wieder ihren Fortgang. Neben den Wiederbeginn der Volltätigkeit ist, entgegen anderen Meldungen, zur Zeit noch nichts bekannt.

Der neue Oberbürgermeister Magdeburgs.

Magdeburg, 25. April. Die Stadtkonferenzwahl wählte den Kandidaten der Mehrheitspartei, Stadtrat Seins, Mitglied der Nationalversammlung, zum Oberbürgermeister. Rundgebungen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Berlin, 24. April. Wie uns gemeldet wird, werden am Sonntag, den 27. April, in allen Orten Deutschlands die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, welchen Organisationen sie auch angehören, in Massenkundgebungen eine Reihe von Forderungen der Öffentlichkeit vor Augen führen, über die sie gleichzeitig durch Vertreter der Organisationen mit dem Staatsministerium in Verhandlungen getreten sind. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das Staatsministerium die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten so weit erfüllen wird, als es die Umstände und die Finanzen des Reiches irgend wie erlauben.

Die von den Beteiligten erhobenen Forderungen sind: 1. Sofortige Inangriffnahme der Bearbeitung des neuen Mannschafts- und Hinterbliebenenversorgungsgesetzes durch eine besondere Kommission der beteiligten Zentralbehörden und der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenorganisationen. 2. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sofortige wesentliche Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. 3. Nachträgliche Gewährung von Entlassungsgeldern und der sonstigen Entlassungsgeldberechtigte an alle vor dem 9. November entlassenen Kriegsbeschädigten. 4. Sofortige Inangriffnahme eines Gesetzes zur Schaffung eines wirksamen Einstellungszwanges. 5. Beschleunigung der Wohnungsfürsorge durch Schaffung von Notstandsbüros, Inangriffnahme von Wohnungsbau und Prüfung der Frage der Hotelquartierung. 6. Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.

Streikbewegungen und Unruhen.

Waiseler der Berliner Kellner.

Berlin, 25. April. Die Berliner Kellner haben gestern, dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ zufolge, beschlossen, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Durch diesen Beschluß sind die Anhaber der öffentlichen Gaststätten in eine schwierige Lage verwickelt worden.

Die Lage in Bremen.

Brem. Bremen, 25. April. Boesmanns Telegramm-Büro meldet: Der Umwehrstreik der Ordnungsparteien dauert an. Die Anforderung an die streikenden Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, bis gestern vormittag sich zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu erklären, ist nur von einem kleinen Teil der Arbeiterchaft befolgt worden, so daß die Gas- und Elektrizitätswerke, die Mühlen- und Hafensbetriebe und die Straßenbahn noch nicht wieder betriebsfähig gemacht werden konnten. Die Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind durch die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen der sich nur aus freiwilligen Kräften der bremischen Ordnungsparteien zusammenschließenden Regierungstruppen und der Stadtwehr auch gestern nicht vorgekommen.

Die Anlage gegen Braunschweig.

Braunsw. Braunschweig, 25. April. In der gestrigen Landesversammlung teilte Präsident Dr. Falber mit, der Landesversammlung sei eine amtliche Stellungnahme der Reichsregierung zugegangen. Darin werden der braunschweigischen Regierung schwere Vorwürfe gemacht. Braunschweig habe sich als Mittelstufen der kommunistischen Bewegung erwiesen und habe gegen die Reichspolitik verstoßen. Von der braunschweigischen Regierung seien verschiedene Gifferte erlitten worden. Die Regierung habe große Verluste von Heeresgerät vorzunehmen, es seien aber erst 42857 Mark abgeführt worden, während allein 1160000 Mark durch den Verkauf von Pferden eingenommen worden seien. Die Demobilisierung sei gestört worden. 8000 Gewehre, viele Maschinengewehre, 26 Geschütze und 7000 Handgranaten seien den Feindesfeindlichen entnommen worden. Die Kreiswaffenlager seien behindert worden. Die Volkswehr habe sich bis zuletzt als kommunistisch erwiesen. Braunschweig sei die Hochburg des Kommunismus gewesen. Schon im Februar sei der Beschluß gefaßt worden, Braunschweig einzukreisen, doch sei die Ausführung immer wieder verschoben worden. Das Schreiben föhrt weiter eine ganze Reihe anderer Fälle an, die für das Eingreifen der Reichsregierung bestimmend gewesen sind.

Berlin, 25. April. Laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ befinden sich unter der Munktion, die in Braunschweig bei den Sozialisten vorgefunden oder freiwillig abgegeben wurde, viele Dum-Dum-Geschosse mit abgehackten oder ausgehöhlten Spitzen.

Meuterei russischer Kriegsgefangener.

Potsdam, 24. April. Im Gefangenenlager meuterter heute vormittag die russischen Kriegsgefangenen, die sich den Anordnungen der Lagerbehörden widersetzten und weder durch das deutsche Personal, noch durch das russische Hilfskomitee zur Vernunft gebracht werden konnten. Als einzelne der Meuterer zu Tätlichkeiten übergingen, eröffnete die inzwischen angerückte Bewachungstruppe das Feuer. 6 Russen wurden erschossen und 17 verwundet, darunter 9 schwer. Die Ruhe war in kurzer Zeit wieder hergestellt.

Erfolgen des Streiks im Ruhrrevier.

Essen, 24. April. Nach Mitteilung des Bergbauvereins ist in der heutigen Frühstunde die Zahl der Ausständigen auf 59 201 (gestern 66 735) zurückgegangen gleich 27,34 Prozent gegen 30,91 Prozent gestern. In den Bergrevieren Löhnen, Werden, Wattenscheid, Mitten, Nordbochum, Südbochum und Dortmund III kann der Ausstand als erledigt gelten, da weniger als 10 Prozent bei der Einsahrt fehlten, womit auch in normalen Zeiten gerechnet werden muß. Im Bergrevier Oberhausen-Dortmund fehlten 15 Prozent, so daß auch hier der Ausstand nahezu erledigt ist. In den 3 gestrigen Schichten fehlten 147 658 gegen 174 279 vorgeföhren.

Die Opfer der letzten Düsseldorfener Unruhen.

Düsseldorf, 25. April. (Privattelegraph.) Nach amtlichen Feststellungen sind bei den letzten Unruhen insgesamt 40 Zivilisten und 10 Soldaten getötet und 114 Zivilisten und 43 Soldaten verwundet worden.

Nachschreitungen in Oberlohn.

Hindenburg, 24. April. Die schweren Ausschreitungen, die sich vor einigen Tagen in Zabrze abspielten, haben heute in Hindenburg, wie der „Oberlohnische Wanderer“ meldet, eine traurige Fortsetzung erfahren. Seit 10 Uhr früh sammelte sich in den Hauptverkehrsstraßen eine große Menschenmenge an, meist aus Frauen der

benachbarten Ortschaften Zabrze, Baulsdorf und Stelshowitz bestehend. Sie versuchten, in zwei Konfektionsgeschäften in der Dorotheenstrasse einzudringen und zu plündern, bezw. nach der bekannten Methode die Waren zu „Friedenspreisen“ zu verkaufen. Um 5 Uhr nachmittags konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Da sich um diese Zeit an der Ecke der Dorotheen- und Schillerstrasse wieder eine aus etwa 3000 Personen bestehende Menschenmenge eingefunden hatte, die eine drohende Haltung einnahm, war das Militär gezwungen, von der Schutzwache Gebrauch zu machen. Bei der Säuberung der Straßen wurde in der Schulstrasse ein 14-jähriger Knabe durch einen Kopfschuß getötet.

Zu der neuen Umwälzung in Bayern.

Zur militärischen Lage.

Münch. Augsburg, 25. April. Der gestrige Tagesbericht des Truppenkommandos Augsburg teilt mit: Nach Meldung der Truppen wurde in der vergangenen Nacht aus einem Hause in Oberhausen auf Posten der Regierungstruppen geschossen, die das Feuer erwiderten. Die sich daran anschließende Hausdurchsuchung konnte des Täters nicht habhaft werden. Meldung wurde am 24. April von Regierungstruppen aus Augsburg befehlet. Bei Mithagenberg (Halbweg zwischen Augsburg und München) wurde am 23. April eine feindliche Kavalleriepatrouille der Münchener Roten Armee zurückgetrieben.

Die Durchsuchung nach Waffen in Augsburg muß in verstärkter Form durchgeführt werden, da die Ablieferung weitaus nicht der Zahl der angegebenen Waffen entspricht.

Sch. Bamberg, 25. April. (Privattelegraph.) Aus München liegen heute direkte Nachrichten nicht vor. Schleißheim ist wieder im Besitz der Sozialisten, nachdem sich die vorgehenden Regierungstruppen zurückgezogen haben. Die militärische Besetzung Augsburgs, des Hauptstützpunktes zum Angriff auf München, wurde auf 8000 Mann gebracht mit 5 schweren Geschützen.

Berlin, 25. April. Einen kühnen Streich verübten zwei Unteroffiziere der Regierungstruppen. Sie erbrachen nachts die Schuppen der Flugzeugwerke Ditz in München und hoben 700000 Schrapnell ins Freie. Von der Wache liberalisiert, haben sie sich als Sozialisten aus und ließen sich von den roten Gerichten beim Abflug helfen. Dann ließen sie mit zwei Flugzeugen davon, die sie in Bamberg abließen.

Opfer der Augsburger Straßenkämpfe.

Münch. Augsburg, 25. April. Nach der Schwäbischen Volkszeitung sind bei den Straßenkämpfen insgesamt 30 Personen ums Leben gekommen, darunter sind Angehörige der Regierungstruppen, 6 Kämpfer auf der Gegenseite und 18 Zivilpersonen. Unter den Toten befinden sich 2 weibliche Personen und ein Kind. Von den Regierungstruppen wurden 3 hier beerdigt und 3 in die Heimat gesandt.

Die Haltung der Unabhängigen Münchens.

Münch. München, 25. April. (Privattelegraph.) Der Gausekretär der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Münchens erklärte, wenn die Regierung, wie angedroht, zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht überginge, dann müsse sie sich auf einen Kampf bis aufs Messer mit der Unabh. sozialdem. Partei einrichten.

Deutsch-Oesterreich.

Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

Wien, 24. April. Der Nationalversammlung unterbreitete die Staatskanzlei eine Zuschrift, in der mitteilt wird, daß die deutsche Reichsregierung an die deutsch-oesterreichische Staatsregierung die Einberufung ergoht, fünf Mitglieder der deutsch-oesterreichischen Nationalversammlung zu den Beratungen des neuen Verfassungsausschusses zu entsenden. Diese Abordnung habe die Aufgabe, an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen. Staatskanzler Renner erklärte, die Reichsregierung und die deutsch-oesterreichische Staatsregierung bezeugten sich in dem Wunsch, daß bei dem Verfassungswerk die Stimme Deutsch-Oesterreichs gehört werde. Der Staatskanzler bat um Vornahme der Wahl, worauf das Haus diesem Wunsche nachkam.

Frankreich.

Französisch-englische Liebenswürdigkeiten.

Paris, 24. April. (Durch Funkspruch.) Präsident Poincaré überreichte heute dem Oberbefehlshaber der englischen Seestreitkräfte, Admiral Beatty, die Insignien zum Großkreuz der Ehrenlegion, wobei er in feierlicher Rede auf die bedeutenden Verdienste der „Großen Flotte“ hinwies. Admiral Beatty ist mit seiner Gattin und einem starken Gefolge von hohen Marineoffizieren, worunter sich mehrere Admirale befanden, nach einer kurzen Besichtigung der zerstörten Gebiete in den letzten Tagen in Paris angekommen.

Vom französischen Sozialistenkongress.

Berlin, 24. April. In der Dienstagabend des französischen Parteitag in Paris kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Longuet und Renaudel. Longuet warf Renaudel vor, er habe mit seiner Leitung des „L'Humanité“, „zur Humanität, an dem Abend geführt. Renaudel gab zurück: „Woher kommt denn Euer Geld für den „Populaire“? Die Stimmung war so erregt, daß kein Tätlichkeiten befürchten mußte. Ruhe lehrte erst wieder ein, nachdem ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung über die Geldgeber des „Populaire“ mit großer Mehrheit angenommen worden war.

Bern, 25. April. An der letzten Sitzung des Pariser Sozialistenkongresses machte Salomon Grumbach namens der elässischen Sozialisten Vorbrachte über das allgemeine Aktionsprogramm der Partei. Die Verwirklichung des Sozialismus durch die französischen Sozialisten müsse energischer Formen erhalten. Weitere Neuerungen Salomon Grumbachs betrafen einen Einzug, namentlich von Seiten der Kleinrentner, die Grumbach am Weiterprechen verbinde, worauf dieser empört seinen Fluch verließ, indem er in den Saal hineinrief, er werde seinen elässischen Freunden erzählen, welcher Empfang ihm, als dem Vertreter der elässischen Sozialisten zuteil geworden sei.

Vertagung des französischen Parlaments.

Paris, 24. April. Die Kammer vertagte sich am 6. Mai, der Senat am 13. Mai.

Aus Ägypten.

Englands Ägyptisches Protektorat.

Amsterdam, 24. April. Der Londoner Korrespondent des Telegraaf meldet, er erfahre aus guter Quelle, daß die Vereinigten Staaten das englische Protektorat über Ägypten anerkennen hätten.

Haag, 25. April. (Privattelegraph.) Aus Kairo wird gemeldet, der jüdische Premierminister Nusschi Pascha ist zurückgetreten.

Aus Mexiko.

Mexiko gegen die Monroe-Doktrin.

Rotterdam, 25. April. (Privattelegraph.) Wie aus Mexiko telegraphiert wird, verweigert die mexikanische Regierung, nach Meldung dortiger Abendblätter, die Anerkennung der Monroe-Doktrin. (Die Monroe-Doktrin erklärt Zurückweisung europäischer Einmischung in die Angelegenheiten selbständiger

amerikanischen Staaten. Die kleineren amerikanischen Staaten fürchten demgegenüber das ungehinderte Vordringen der nordamerikanischen Union. D. N.) Nach anderen Meldungen wurde der mexikanische Gesandte in Paris zurückberufen und hat Befehl erhalten, in Spanien die weiteren Informationen abzuwarten.

Vermischtes.

Kaiser Wilhelm will in die Schweiz.

Bern, 25. April. (Privattelegraph.) Die Verleeranza meldet aus Zürich, bei Lugano sei Grundbesitz für den deutschen Kaiser angelautet worden. Man bringt diese Tatsache in Verbindung mit Gerüchten, daß der Kaiser späterhin nach Lugano nach der Schweiz überzusetzen und seinen Wohnsitz bei Lugano zu nehmen.

Württembergischer Personenzugverkehr.

Stuttgart, 25. April. Nach amtlicher Mitteilung erstreckt sich die wegen Kohlemangels für Sonntag, den 27. April angeordnete Einschränkung des Personenzugverkehrs auf sämtliche württembergischen Staatsbahnen nur auf diesen Sonntag. Am darauf folgenden Montag wird der Verkehr in bisherigem Umfang wieder aufgenommen.

Die deutschen Vorratslager in Belgien.

Haag, 25. April. (Privattelegraph.) Aus London wird gemeldet: Die Londoner Blätter bezeichnen als die größten Lager der Geschichte die von den Deutschen in Belgien zurückgelassenen ungeheuren Lager der technischen und der Kriegsvorräte, deren Wert auf 250 Millionen Pfund Sterling (nach altem Kurs 5 Milliarden Mark) geschätzt wird. Nach dem Gesetz würden die Vorräte der kritischen Regierung zufließen. Diese hat aber verfügt, daß alle Waren, deren Besitzer nachzuweisen werden kann, an den rechtmäßigen Besitzer ausgeliefert werden sollen. Trotzdem würden Werte von mehr als 100 Millionen Pfund Sterling zurückbleiben, die schließlich zu Gunsten der britischen Staatskasse versteigert werden.

Brand des „Secolo“.

Basel, 25. April. (Privattelegraph.) Die Naffänder Mitternachten, daß in den Geschäftsräumen des „Secolo“ eine große Feuersbrunst wütete, die bedeutenden Schaden verursachte. Eine Ausgabe des Blattes mußte infolge des Brandes ausfallen.

Aus Baden.

Karlsruhe, 24. April. Eine Bürgermeisterversammlung von sämtlichen Bürgermeistern des Bezirkes besaß, fand gestern nachmittags im Bezirksamt hier statt. Der Grund für die Einberufung dieser Versammlung lag darin, daß der neue Amtsvorstand Herr Geh. Reg.-Rat Gulk-Verder, persönliche Beziehungen mit den Bürgermeistern des Bezirkes aufnehmen wollte. An die Versammlung des neuen Amtsvorstandes schloß sich eine allgemeine Aussprache über alle anstehenden Fragen, insbesondere die Lebensmittelpolitik und die Milchwirtschaft der Städte durch die Landgemeinden.

Mannheim, 24. April. In einigen Fabriken Mannheims haben radikal-sozialistische freigelegentlich organisierte Elemente und ganze Arbeiterauschüsse von christlich- und christlich-demokratischen Parteien verlangt, daß sie zu den freien Gewerkschaften übertrügen oder aus dem Geschäft arbeitslos sollten. Da die Mitglieder der beiden Organisationen den Arbeitstitel ablehnten, haben die freigelegentlich organisierten Arbeiter bei der Firma Brown, Boveri & Co. nun verlangt, die Arbeiter bei der Metallindustrie angeschlossen zu werden. Die Fabrikleitung hat im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß die nicht freigelegentlich organisierten Arbeiter bis auf weiteres unter Fortzahlung des Lohnes beurlaubt. Sie lehnt die Entlassung dieser Arbeiter ab, die anderen dem Verhand der Metallindustrie angeschlossen zu werden. In dem gleichen Standpunkt. Der eingetragene Schlichtungsausschuß hat einstimmig folgenden Schlichtungsbescheid gefällt: 1. daß die Firma Brown, Boveri & Co. mit Nachsicht auf den Standpunkt stellt, sie sei moralisch nicht befaßt, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu bestimmten Arbeiterverbänden ihrer Arbeit zu sehen, 2. daß in absehbarer Zukunft von der Seite der Arbeiter ein Antrag auf die Firma mit dem Geiste des Koalitionsrechtes nicht vereinbar ist.

Die Demobilisierung der Offiziere.

Karlsruhe, 25. April. Der Deutsche Offiziersbund, Landesgruppe Baden, erludt und im Hinblick auf die im Abendblatt des „Badischen Boten“ vom 23. April erschienene Notiz um Aufnahme folgender Erklärung:

„Die von „einigen“ Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei eingeleitete Inzertipation, welche an die Badische Volksregierung die Frage richtet, was die Regierung zu tun gedenkt, um die beschleunigte Demobilisierung der Offiziere des 14. A. N. zu bewirken, hat die Landesgruppe Baden des Deutschen Offiziersbundes veranlaßt, die demgegenüber nachdrücklich Stellung zu nehmen. Die Landesgruppe hat sich an die Badische Regierung und die Verteilungen der sämtlichen Reaktionen der Badischen Nationalversammlung gewandt und deren Unterstützung erbeten, um bei der Reichsregierung zu erwirken, daß die durch Verringerung des Heeresstandes notwendigen Beschlüsse allmählich und unter größtmöglicher Schonung vorgenommen werden. Es muß den 1170 Offizieren des 14. A. N., welche die sozialdemokratische Inzertipation ausführt, Zeit lassen werden, sich einen neuen Lebensberuf zu schaffen. Den verabschiedeten Offizieren und Militärbeamten muß von der Reichsregierung eine angemessene Unterstützung bewilligt werden, um sie vor bitterer Not zu schützen. Die die Unterhaltungsfrage entscheidend ist, muß den verabschiedeten Offizieren und Beamten auf eine gewisse Reihe von Jahren das Gehalt der letzten Friedensstelle gewährt werden.“

Die Wehrerschaft zur Frage des Religionsunterrichts.

Karlsruhe, 25. April. Durch die neue bad. Verfassung ist die Erteilung des Religionsunterrichts durch die Wehrerschaft auf eine andere, weitgehendere Grundlage gestellt worden. Derzeitige Bezirksbehörden des Landes haben sich in den letzten Wochen mit dieser Fragestellung des Religionsunterrichts beschäftigt.

Der Karlsruher Bezirkslehrerverein hat sich dabei in einer mit sieben Punkte gegündeten Entschliessung u. a. dahin ausgesprochen, daß er in dem Religionsunterricht einen wesentlichen Bestandteil der Unterweisung unserer Jugend erblickt, daß die Geistlichen mehr Religionsstunden übernehmen sollen, insbesondere die evangel. Geistlichen, und daß die örtliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die Ortsgeistlichen aufzuheben ist. Geistliche und Lehrer sollen als Religionslehrer einer Schule gleichberechtigt nebeneinander wirken. In der Entschliessung werden dann weitere Wünsche bezüglich der Religionsprüfung geäußert und es wird ferner gefordert, daß in dem geplanten Religionsunterricht mehr auf Vertiefung und religiöse Verinnerlichung als auf das Auswendiglernen des Textes und danach auch die Prüfungen gestaltet werden sollen.

In Mannheim waren jüngst über 200 Religionslehrer, Lehrerinnen und Geistliche versammelt, wobei Ähnliche Forderungen gestellt wurden. In den von der Versammlung ausgearbeiteten Schulreformen wird der Religionsunterricht als Pflichtfach in der Volksschule anerkannt, die dienstliche Gleichstellung der Geistlichen und Lehrer verlangt und eine Aenderung der bisherigen Prüfungsangelegenheiten angeregt. Ferner wird gewünscht, daß die Religionsbücher neu bearbeitet nach pädagogisch-methodischen Gesichtspunkten unterzogen sind.

